

## **Fragen**

### **für die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages**

**vom 3. Oktober 1977**

---

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . .	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . .	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	23
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	24
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	24
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	25
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . .	26

**Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien****Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

1. Abgeordneter  
**Ludwig**  
(FDP) In welcher Höhe und mit welchen Summen ist die Bundesrepublik Deutschland am Haushalt der UNO für 1978/79 beteiligt, der eine Höhe von 941,7 Millionen Dollar vorsieht?
2. Abgeordneter  
**Ludwig**  
(FDP) In welchem Maße und mit wieviel Personen ist die Bundesrepublik Deutschland am Personalbestand der UNO-Bediensteten beteiligt, der durch den neu vorgelegten Haushalt um 487 Personen auf insgesamt 10 827 erhöht worden ist?
3. Abgeordneter  
**Hoffmann**  
(Saarbrücken)  
(SPD) Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, nach denen der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Hermes, an der offiziellen Veranstaltung der chilenischen Botschaft anlässlich des chilenischen Nationalfeiertags am 20. September 1977 als Vertreter der Regierung teilgenommen hat, wenn ja, welches sind die Gründe für diese Teilnahme, und welche politischen Gründe sprechen gerade für die Entsendung des Staatssekretärs Dr. Hermes?
4. Abgeordneter  
**Kuhlwein**  
(SPD) Trifft es zu, daß für die deutschen Staatsbürger und die Angehörigen der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau kein deutscher Arzt zur Verfügung steht und daß der einzige für US-Amerikaner tätige Arzt in Moskau die Behandlung von Ausländern eingestellt hat, sofern nicht die Heimatländer ebenfalls einen Arzt in Moskau zur Verfügung stellen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die medizinische Versorgung der deutschen Staatsbürger in Moskau sicherzustellen?
5. Abgeordneter  
**Dr. Evers**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß die staatliche französische Fluggesellschaft Air France im Gegensatz zu anderen Fluggesellschaften im Linienverkehr nach West-Berlin die Ansagen für Fluggäste in französischer und englischer und nur ausnahmsweise in deutscher Sprache vornimmt, und daß von dieser Gesellschaft Personal eingesetzt wird, das überwiegend der deutschen Sprache nicht kundig ist, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, dieses Vorgehen der Air France so zu beeinflussen, daß auf Flugstrecken in Deutschland die deutsche Sprache den Vorrang hat?
6. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Welche Zahlen über die in Südwestafrika (Namibia) lebenden Deutschen — deutsche Staatsangehörige, Doppelstaatler, Deutschstämmige — entsprechen dem gegenwärtigen Wissensstand des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Windhuk?
7. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß sich Staatsminister im Bundeskanzleramt Wischnewski mit einem Schreiben an den Staatschef von Angola, Neto, gewandt hat, und bedeutet dies, daß das Bundeskanzleramt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Angola dem Auswärtigen Amt abgenommen hat?

8. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Können die deutschen Staatsangehörigen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße auf „den vollen Schutz der Bundesregierung“ zur Durchsetzung ihrer Grundrechte einschließlich der privaten Eigentumsrechte ebenso vertrauen, wie Bundesaußenminister Genscher dies in bezug auf die Maßnahmen zum vollen Schutz deutscher – insbesondere bundeseigener – Unternehmen in Südafrika vor kurzem bekannt gab (AP, dpa vom 21. September 1977)?
9. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Wird nunmehr die Bundesregierung den Standpunkt, bei schwerwiegenden Angriffen seitens staatlicher Rundfunkanstalten des Ostblocks auf unsere Verfassungsordnung und den Friedenswillen der Bundesrepublik Deutschland sowie bei schwerwiegenden Beleidigungen unserer Staats- und Verfassungsorgane, vor allem des Bundesverfassungsgerichts, überhaupt nicht zu reagieren, ändern, nachdem der Bundespräsident in seiner Ansprache zur Eröffnung des 23. Weltkongresses des Internationalen Medienverbands am 19. September 1977 gegen Medienäußerungen in der westlichen Welt sich entschieden mit dem Hinweis gewandt hat, daß damit die Würde der deutschen freiheitlichen demokratischen Ordnung beleidigt wird, wenn man ihr faschistische oder faschistoide Züge unterstellt?
10. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, meine Frage vom 25. August 1977 zu den Vorfällen in der deutschen Botschaft in Moskau insoweit nicht zu beantworten, als sie sich auf die Gewährung von „einstweiliger Zuflucht“ – ein Rechtsinstitut, das bekanntlich nichts mit der Gewährung dauernden Asyls zu tun hat (so wiederholt in Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes) – durch die Botschaft in Moskau bezog, oder unterscheiden die Botschaft in Moskau und das Auswärtige Amt nicht zwischen „einstweiliger Zuflucht“ und dauerndem diplomatischen Asyl?
11. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Welchen qualitativen Unterschied in der Aufforderung an die Zuflucht suchenden Deutschen in der Botschaft in Moskau wollte das Auswärtige Amt aufzeigen, als es bezüglich der Aufforderung an die Verfolgten zum Verlassen der Botschaft auf meine Frage vom 25. August 1977 darauf verwies, daß diese Aufforderung nicht in „ultimativer“, sondern nur in „eindringlicher“ Form erfolgte?
12. Abgeordneter  
**Dr. Hornhues**  
(CDU/CSU)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur Terrorherrschaft des Idi Amin in Uganda ein, und was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um das „Dahinschlachten von Menschenleben“ (Ostafrikanische Bischofskonferenz) zu verhindern?
13. Abgeordneter  
**Dr. Hornhues**  
(CDU/CSU)
- Welche Flüchtlings- (und andere) Hilfe leistet die Bundesregierung für die von der Swapo (bzw. von Sambia und Tanzania) gefangenen bzw. „in Schutzhaft“ gehaltenen bisherigen Swapoangehörigen und Flüchtlingen?

14. Abgeordneter  
**Dr. Hornhues**  
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der jüngsten Erklärung des Swapo-Chefs Nujoma (s. u. a. FAZ vom 28. September), der die westliche Initiative bezüglich SWA/Namibia für gescheitert erklärte und eine Intensivierung der Guerillatätigkeiten u. a. angekündigte?
15. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, ihre bisherige Hilfe für Flüchtlinge aus dem kommunistisch beherrschten Vietnam, über die sie mir in Beantwortung meiner Frage vom 9. September 1977 bereits berichtet hat, angesichts des wachsenden Flüchtlingselends wesentlich zu erhöhen und gegebenenfalls Initiativen für zusätzliche Hilfsmaßnahmen zu ergreifen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

16. Abgeordneter  
**Ludwig**  
(FDP) Ist es richtig, daß zu Wartungs- und Reparaturarbeiten von Preßluftatemschutzgeräten des Zivilen Bevölkerungsschutzes und der Bundeswehr staatliche Regiebetriebe eingerichtet werden, anstatt die Aufträge an private Betriebe zu vergeben, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die damit verbundenen Einrichtungskosten für die Regiebetriebe?
17. Abgeordneter  
**Ludwig**  
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die mit der Einrichtung staatlicher Regiebetriebe verbundenen Schließungen mittelständischer Betriebe dieser Branche und die Entlassungen von Arbeitskräften dieser privaten Betriebe?
18. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit Erlaß einer Gebührenordnung für Leistungen des THW viele Gemeinden das THW aus Kostengründen für Einsätze nicht mehr anfordern, während sich Mitarbeiter des THW über Mangel an Gelegenheiten beklagen, praktische Einsatzerfahrungen zu sammeln, und welche Konsequenzen sollen für den effektiveren Einsatz des THW auf kommunaler Ebene gezogen werden?
19. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD) Sind Berichte zutreffend, die Bundesregierung beabsichtige, im Rahmen einer Neukonzipierung des Katastrophenschutzes ihre Leistungen für den Brandschutz einzustellen, und welche Auswirkungen würden sich für den kommunalen Brandschutz im Katastrophen- bzw. Verteidigungsfall ergeben?
20. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD) Aus welchen Gründen kann der Bau von Gerätehäusern für kommunale Feuerwehren nicht im Rahmen von Konjunkturprogrammen des Bundes gefördert werden?
21. Abgeordneter  
**Biechele**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse eines 5-jährigen Meßprogramms der OECD, die die Vermutung bestätigen, daß die die Luft verunreinigenden Schwefelverbindungen aus Industrie- und Haushaltsabgasen, die in hohen Konzentrationen

- zu gesundheitlichen Schäden vor allem der Atemorgane führen können, über weite Entfernungen in der Atmosphäre transportiert werden, ehe sie niedergehen und große Schäden anrichten, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Maßnahmen zum Schutz vor Schwefelverunreinigungen der Luft, die auch von anderen Ländern ausgehen können, zu ergreifen?
22. Abgeordneter  
**Sauter**  
(**Epfendorf**)  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in einigen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland, vor allem in Gemeinden mit großer Flächenausdehnung und in Neubaugebieten, die ordnungsgemäße Alarmierung der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet ist, weil die vorhandenen LS-Sirenen nicht ausreichen, und was wird von seiten der Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, um diesen Mißstand zu beseitigen?
23. Abgeordnete  
**Frau**  
**Verhülsdonk**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Methode, daß etwa zwanzig Flüchtlingsfamilien aus Vietnam und Laos, denen Asyl in der Bundesrepublik Deutschland gewährt wurde und die meistens nur ihre Heimatsprache oder bestenfalls etwas englisch sprechen, nach dem üblichen Verfahren auf die Bundesländer verteilt und damit aller sozialen Bezüge beraubt werden, für menschlich zumutbar und den durch die Verstreuung der Gruppe entstehenden hohen finanziellen Aufwand für deren sprachliche Integration für vertretbar?
24. Abgeordnete  
**Frau**  
**Verhülsdonk**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß zur finanziellen Entlastung der örtlichen Sozialhilfeträger, die Wohnung, Kleidung, Sprachunterricht und alle anderen Eingliederungsmaßnahmen zu finanzieren haben, zumindestens die Kosten der Sprachkurse von der Arbeitsverwaltung sofort übernommen oder spätestens dann erstattet werden, wenn eine dauernde Aufenthaltserlaubnis erteilt ist?
25. Abgeordneter  
**Engelhard**  
(FDP)
- Liegen der Bundesregierung schon erste gesicherte Erfahrungswerte darüber vor, ob das am 1. Januar 1976 in Kraft getretene Benzinbleiergänzungsgesetz die Umweltbelastung durch Bleiablagerungen spürbar verringert hat, insbesondere im Bereich vielbefahrener Autobahnen bzw. Bundesfernstraßen?
26. Abgeordneter  
**Engelhard**  
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang neueste Forschungsergebnisse österreichischer Wissenschaftler, wonach die gesundheitsschädigende Umweltbleiverschmutzung an Autobahnen jährliche Spitzenwerte von angeblich bis zu 100 Kilogramm Bleiablagerung je Kilometer erreichen könne, so daß es geboten sei, in bestimmten Randnahzonen von Autobahnen den Kartoffel- und Gemüseanbau sowie die Milchviehweidewirtschaft einzuschränken?
27. Abgeordneter  
**Dr. Evers**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung Kunstrasenanlagen im Sportstättenbau unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte der Spielbedingungen, der Haltbarkeit und der Pflegeleichtigkeit für förderungswürdig, und wenn ja, ist sie in der Lage und bereit, die Verwendung von Kunstrasen im Sportstättenbau an-

- gesichts der Tatsache zu fördern, daß bei der Verwendung von Kunstrasen in der Bundesrepublik Deutschland auf ausländische Produkte zurückgegriffen wird, und daß andererseits deutsche Hersteller von Kunstrasen Verkaufserfolge im Ausland erzielen, im Inland aber wegen fehlender Zuschußmöglichkeiten aus Konkurrenzgründen gegenüber subventionierten ausländischen Erzeugnissen unterlegen sind?
28. Abgeordneter  
**Rühe**  
(CDU/CSU) Werden aus familienpolitischen Gründen und angesichts der anhaltenden arbeitsmarktpolitischen Schwierigkeiten Überlegungen angestellt, die bisher geltenden Beurlaubungsfristen von Beamtinnen zu verlängern?
29. Abgeordneter  
**Rühe**  
(CDU/CSU) Welche Gründe stehen gegebenenfalls einer Verlängerung dieser Fristen entgegen, und welche Kriterien haben zu den jetzt üblichen Sechsjahresfristen geführt?
30. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die DKP für eine Ersatz- oder Nachfolgeorganisation der 1956 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten KPD, und welche Schlüsse wird sie gegebenenfalls aus dieser Auffassung ziehen?
31. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung den in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs von Schoeler vom 27. Juli 1977 auf eine Frage des Kollegen Spranger angegebenen Zeitpunkt angesichts der jüngsten Ereignisse noch verantworten, „daß die Beamten des BKA zum großen Teil noch mit Schußwaffen des Kalibers 7,65 mm ausgerüstet sind, deren zielballistische Leistung unzureichend ist“, und daß es dennoch erst ab 1978 möglich sein werde, die Ausrüstung mit den serien- und einführungsreifen neuen Waffen vorzunehmen?
32. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU) Bis wann ist mit einer einvernehmlichen Regelung zwischen dem Bund, dem Land Baden-Württemberg und der Gemeinde Hügelsheim über den Bau einer Kläranlage in Hügelsheim zu rechnen, nachdem hierüber seit Jahren verhandelt wird und eine vor kurzem an Ort und Stelle getroffene Absprache wiederum in Kompetenzschwierigkeiten unterzugehen droht?
33. Abgeordneter  
**Dr. Langguth**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß auf der letzten Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaft (VdS) in Gießen vom 23. bis 25. September 1977 eine deutsche Flagge als Fußabtretermatte verwandt und ein grob verunglimpfendes Karikaturbild von Hanns Martin Schleyer mit ausdrücklicher Billigung des Tagungspräsidiums, dem auch ein Mitglied des Studentenverbands „Juso-Hochschulgruppen“ und des Studentenverbands „Liberaler Hochschulverband“ angehörte, an einer Wand aufgehängt worden ist, und beabsichtigt die Bundesregierung angesichts dieser Tatsachen, weiterhin die VdS als offiziellen, demokratisch legitimierten Vertreter aller deutschen Studenten anzusehen und zu offiziellen Anlässen einzuladen?

34. Abgeordneter  
**Dr. Langguth**  
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für die politische Einschätzung der VdS aus der Tatsache, daß auf der genannten Mitgliederversammlung der VdS ein Antrag der AStA Bonn mehrheitlich abgelehnt wurde, der eine klare moralische und politische Verurteilung der terroristischen Gewaltverbrechen beinhaltete, während stattdessen Beschlüsse gefaßt worden sind, von denen einer die terroristischen Anschläge nur aus strategisch-taktischen Gründen ablehnte und die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einem faschistischen Polizeistaat vorhersah, ein weiterer Antrag die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland als „Freiheitlich demokratische Grunzordnung“ diffamierte?
35. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Parlamentarische Staatssekretär von Schoeler auf einer Erklärung der „Humanistischen Union“ vom 26. September 1977, wonach durch die staatliche Reaktion auf jede Gewalttat der freiheitliche Rechtsstaat immer mehr demontiert werde, als Beiratsmitglied der „Humanistischen Union“ aufgeführt ist, und wie beurteilt sie diese Tatsache, und teilt sie die in der Erklärung der „Humanistischen Union“ wiedergegebene Ansicht?
36. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu der dort vertretenen Ansicht, auch das gesetzwidrige zweijährige heimliche Belauschen der Verteidigergespräche in Stuttgart-Stammheim habe zugestandenermaßen nicht den Schatten eines Beweises erbracht, daß Verteidiger in ihrer anwaltlichen Berufsausübung mit den Gewaltverbrechern konspirieren, und es sei offenkundig unmöglich, ein so perfekt organisiertes Verbrechen aus der Gefangenschaft heraus zu planen und zu dirigieren?
37. Abgeordneter  
**Dr. Gruhl**  
(CDU/CSU) Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung des Finanzwissenschaftlichen Instituts der Universität Köln, wonach sich zwar Industriebetriebe in erfreulichem Umfang auf die vorgeschriebene Abwasserabgabe einstellen und Vorkehrungen treffen, ihre Abwässer zu verringern und zu reinigen, jedoch weniger die öffentlich-rechtlich organisierten Abwasserverbände und die große Zahl der Städte und Gemeinden fast gar nicht?
38. Abgeordneter  
**Dr. Gruhl**  
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus dem Ergebnis der von ihr selbst veranlaßten Meinungsumfrage (infas Mai 1977) ziehen, wonach 82 v. H. der Bevölkerung den Verkauf aller Getränke in Pfandflaschen zur Vermeidung von unnötigem Abfall begrüßen würden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

39. Abgeordneter  
**Dr. Bötsch**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der angekündigten Änderung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes klarzustellen, daß ein Richter nicht nur Mitglied der Vertretungskörperschaft einer Gemeinde und der entsprechenden Ausschüsse sein kann, sondern auch das Amt eines ehrenamtlichen Bürgermeisters bzw. 2. Bürgermeisters bekleiden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

40. Abgeordneter  
**Josten**  
(CDU/CSU) Welche Beträge wurden in den Jahren 1970 bis 1976 im Rahmen der Vermögensbildungsmaßnahmen nach dem Dritten Vermögensbildungsgesetz, nach dem Wohnungsbauprämiengesetz, nach dem Sparprämienengesetz aufgewendet bzw. als Steuerermäßigung nach § 10 EStG in Anspruch genommen?
41. Abgeordneter  
**Josten**  
(CDU/CSU) Mit welcher Inanspruchnahme der einzelnen Fördermaßnahmen rechnet die Bundesregierung in den Jahren 1977 bis 1980?
42. Abgeordneter  
**Diederich**  
(Berlin)  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung unter steuerpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten Meldungen, denen zufolge deutsche Tochtergesellschaften ausländischer Großunternehmen in diesem Jahr, angeblich verursacht durch die Körperschaftsteuerreform, außerordentlich hohe Gewinne an ihre ausländischen Muttergesellschaften abgeführt haben sollen, und hält sie es für erforderlich, dieser Tendenz entgegenzuwirken?
43. Abgeordneter  
**Diederich**  
(Berlin)  
(SPD) Welche Möglichkeiten bestehen, dieser Tendenz Einhalt zu gebieten, und wann sind entsprechende Schritte, falls realisierbar, zu erwarten?
44. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Neumeister**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die derzeitige steuerliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige als „Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit“ zu überprüfen, nachdem die derzeitige steuerliche Praxis, z. B. im Bereich der Wohlfahrtsverbände, wie dem Deutschen Roten Kreuz, zunehmend mit dazu beiträgt, daß der im Interesse der Allgemeinheit dringend erwünschte Idealismus hilfsbereiter Mitbürger in Resignation umschlägt?
45. Abgeordneter  
**Dr. Schäuble**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß sich die zuständige Finanzbehörde dann nicht auf die Vorschrift des § 240 Abs. 1 Satz 3 der Abgabenordnung 1977 berufen sollte, wenn der Steuerpflichtige mit dem Rechtsmittel gegen die Steuerfestsetzung zugleich die Aussetzung der Vollziehung beantragt hatte, diese von der Finanzbehörde abgelehnt worden war und die Entscheidung über das Rechtsmittel dann zu einer Aufhebung oder Ermäßigung der angefochtenen Steuerfestsetzung führte, und ist die Bundesregierung bereit, sich im Benehmen mit den obersten Landesfinanzbehörden für eine entsprechend eingeschränkte Anwendung des § 240 Abs. 1 Satz 3 der Abgabenordnung 1977 einzusetzen?
46. Abgeordneter  
**Dr. Sperling**  
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Vermögensbildungsmodelle, die die Arbeitnehmer zu Kleinaktionären machen, ein vertretbares und den Ertrag nicht wesentlich beeinträchtigendes Maß an Verwaltungsaufwand und Kosten nicht überschreiten, und in welchem Verhältnis stünden Fonds-Verwaltungskosten und Gebühren bei Banken, die sich ganz oder teilweise im Bundesbesitz befinden, zu den derzeit durchschnittlich pro Aktie erzielten Gewinnen, wenn bei einer entsprechenden Vermögensbildungsregelung Arbeitnehmer eine kleine Anzahl verschiedener Aktien erhielten?

47. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)      Trifft es zu, daß bei bundeseigenen Unternehmen die Reinigungsarbeiten Schritt um Schritt an private Reinigungsunternehmen vergeben werden, weil diese angeblich billiger arbeiten als angestellte Reinigungsfrauen, und wenn ja, woran liegt das?
48. Abgeordneter  
**Dr. Langguth**  
(CDU/CSU)      In welchem Umfang wurde die Bundesregierung bisher aus den von ihr gewährten Bürgschaften nach dem Programm Bürgschaften für Kredite von Kreditinstituten an Angehörige freier Berufe in Anspruch genommen?
49. Abgeordneter  
**Zink**  
(CDU/CSU)      Beabsichtigt die Bundesregierung, den steuerfreien Arbeitgeberzuschuß für Kantinenessen von z. Z. 1,50 DM pro Tag zu erhöhen, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?
50. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU)      Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, solche Schwerbehinderte, die nicht selbst fahren können, steuerrechtlich Blinden gleichzustellen, die für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zweimal pro Tag Hin- und Rückfahrt steuerlich absetzen können, weil sie auf Fremdfahrer angewiesen sind?
51. Abgeordneter  
**Dr. Kreile**  
(CDU/CSU)      Wie werden die DDR-Außenhandelsbüros in der Bundesrepublik Deutschland bei der Umsatzsteuer bzw. bei der Lohnsteuer behandelt?
52. Abgeordneter  
**Dr. Kreile**  
(CDU/CSU)      Wie werden die DDR-Außenhandelsbüros in der Bundesrepublik Deutschland bei der Körperschaftsteuer behandelt?
53. Abgeordneter  
**Dr. Kreile**  
(CDU/CSU)      Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß sich durch steuerliche Vorteile zugunsten der DDR-Außenhandelsbüros Wettbewerbsvorteile gegenüber Wettbewerbern aus der Bundesrepublik Deutschland ergeben?
54. Abgeordneter  
**Dr. Kreile**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß für die in der DDR arbeitenden Monteure westdeutscher Firmen Lohnsteuer an die DDR-Behörden abgeführt werden muß und, falls ja, um welche Größenordnung handelt es sich hierbei?
55. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)      Auf welche Rechtsgrundlage stützen sich die Steuerbehörden, wenn, wie in Baden-Württemberg geschehen, die Finanzämter im Falle von Zahlungsschwierigkeiten eines Unternehmens Steuerschulden dieses Unternehmens gegen dessen Forderungen gegen die öffentliche Hand aufrechnen, obwohl diese Forderungen als Sicherheiten an Banken abgetreten sind?
56. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU)      Ist die Bundesregierung bereit, die in den Zusatzfragen zu meiner Frage A 36 (Drucksache 8/926 = Protokoll der 43. Sitzung vom 28. September 1977) getroffene Feststellung zu akzeptieren, daß die Hälfte aller Unternehmer ein niedrigeres Einkommen als das eines Facharbeiters beziehen, wenn ich als Beleg des Statistische Jahrbuch 1976 (Statistisches Bundesamt) Seite 435 Tabelle 22.18 Gewerbesteuer 1970 heranziehe, nachdem in der Statistik 63.4 v. H. aller gewerbe-

steuerpflichtigen Unternehmen in die Gewerbeertragsgruppe bis zu 25 000 DM je Jahr fallen, und der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages – Fachbereich Haushalt und Finanzen – für den Zeitraum 1970 bis 1976 von einer 45-prozentigen Gewerbeertragsfortschreibung ausgeht?

57. Abgeordneter  
**Pieroth**  
(CDU/CSU) In welchem Umfang werden z. Z. Sparprämien und vermögenswirksame Leistungen, Wohnungsbauprämien und vermögenswirksame Leistungen bzw. Steuerermäßigungen nach § 10 EStG und vermögenswirksame Leistungen gleichzeitig in Anspruch genommen?
58. Abgeordneter  
**Pieroth**  
(CDU/CSU) Von welchem Personenkreis werden die genannten Leistungen gleichzeitig in Anspruch genommen?
59. Abgeordneter  
**Pieroth**  
(CDU/CSU) Welche Vergleichszahlen liegen der Bundesregierung seit der Einführung des 3. VermBG 1970 vor?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

60. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß das Land Nordrhein-Westfalen in der Strukturpolitik eigene Wege beschreiten will und damit weitgehend aus der von Bund und Ländern getragenen Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung regionaler Wirtschaftsstrukturen ausscheren will, und wenn ja, ergeben sich daraus nach Auffassung der Bundesregierung Nachteile für einzelne Regionalprogramme in Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, und welche Regionalprogramme sind gegebenenfalls davon betroffen?
61. Abgeordneter  
**Wolfram**  
(**Recklinghausen**)  
(SPD) Teilt die Bundesregierung die in einem Schreiben der Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke vom 5. September 1977 an Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs zum Ausdruck gebrachte Sorge, daß die langfristige Sicherung des Steinkohleneinsatzes in den Kraftwerken ernsthaft gefährdet ist, und welche Maßnahmen wird sie gegebenenfalls ergreifen?
62. Abgeordneter  
**Wolfram**  
(**Recklinghausen**)  
(SPD) Ist eine Änderung der geltenden Regelungen zur Rauchgasentschwefelung bei Steinkohlenkraftwerken geplant, und wenn ja, wie soll sie aussehen und wann erfolgen?
63. Abgeordneter  
**Scheffler**  
(SPD) In welchem Umfang wurden durch die Konjunktur- und Investitionsförderungsprogramme des Bundes in den letzten Jahren zusätzliche Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen im kommunalen Bereich errichtet?
64. Abgeordneter  
**Scheffler**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, auch bei den jetzt angekündigten Konjunkturprogrammen darauf hinzuwirken, daß die Errichtung von Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen angemessen berücksichtigt wird?

65. Abgeordneter  
**Gerster**  
(Mainz)  
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den am 22. September 1977 im ZDF von Bundeskanzler Schmidt getroffenen Feststellungen, daß im Jahr 1977 25 Milliarden DM Investitionen für die Energiewirtschaft abrufbereit standen, aber wegen Einsprüchen, Gerichtsverfahren und schwieriger administrativer verwaltungsseitiger, gerichtsseitiger Hemmnisse nicht durchgeführt werden konnten, und daß ohne diese Hemmnisse 100 bis 200 000 Menschen weniger arbeitslos wären?
66. Abgeordneter  
**Gerster**  
(Mainz)  
(CDU/CSU)
- Bis wann wird die Aussage von Bundeskanzler Schmidt, „Ich bin gegen jedwedes Moratorium“, für den Bereich der Kernenergie die verbindliche Politik der Bundesregierung sein?
67. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche Gründe die BASF-Töchter „Chemische Fabrik Dr. Paul Lohmann“ und die „Pharmazeutische Fabrik Rudolf Lehmann KG“ bewegen haben, einen gerichtlichen Baustopp des Kernkraftwerks Grohnde herbeizuführen, und ist sie bereit, in der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Baustopps nicht nur durch Bürgerinitiativen sondern auch durch andere Firmen, Nachbargemeinden u. v. a. m. hervorgerufen werden?
68. Abgeordneter  
**Dr. Zeitel**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit – und wenn nicht, aus welchen Gründen –, die Investitionszulage für energiesparende Maßnahmen verwaltungsmäßig ähnlich wie die Bausparprämie abwickeln zu lassen?
69. Abgeordneter  
**Dr. Zeitel**  
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang kann nach Ansicht der Bundesregierung die Durchführung des Energiesparprogramms durch Einschalten von Sparkassen, Banken und Bausparkassen unbürokratisch abgewickelt werden?
70. Abgeordneter  
**Gerstein**  
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Fälle von Unternehmen bekannt geworden, die energieintensive Investitionen, insbesondere elektrizitätsintensive, unterlassen, weil die Unsicherheit der Energiepolitik, insbesondere bei der Elektrizitätsversorgung, zugenommen hat, und welche Konsequenzen ergeben sich hieraus im einzelnen für die Bundesregierung?
71. Abgeordneter  
**Gerstein**  
(CDU/CSU)
- Welche politischen Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Mitteilung, wonach Elektrizitätsunternehmen dazu übergehen, zukünftigen Abnehmern eine feste Zusage für den Strombezug auf längeren Zeitraum nicht mehr zu geben, und welche Konsequenzen hat dies insbesondere für die Investitionstätigkeit?
72. Abgeordneter  
**Gerstein**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung entgegen ihren Ankündigungen in Eckwerten vom März 1977 „immer noch keine entscheidenden Schritte unternommen hat, um die Genehmigung und den Bau von Kohlekraftwerken zu erleichtern“, und wenn ja, welches sind die Gründe dafür?

73. Abgeordneter  
**Gerstein**  
(CDU/CSU) In welchem Umfang sollen nach energiepolitischen Vorstellungen der Bundesregierung in den nächsten 15 Jahren Kohlekraftwerke sowohl für den Ersatzbedarf als auch für zusätzliche Stromerzeugung gebaut werden, wieviel sind z. Z. beantragt und blockiert, und wie können die notwendigen Kapazitäten an Kohlekraftwerken gebaut werden?
74. Abgeordneter  
**Pieroth**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wie sie in der Diskussion über die Grenzen des Wachstums vertreten wird, daß in der Bundesrepublik Deutschland generelle Marktsättigungserscheinungen festzustellen sind, und gibt es nach Auffassung der Bundesregierung wenigstens bedeutendere einzelne Märkte, wo die Behauptung zutrifft, und wenn ja, kann die Bundesregierung breitere Schichten der Bevölkerung nennen, die nicht mehr wissen, wofür sie ihr Geld ausgeben können?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

75. Abgeordnete  
**Frau Will-Feld**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Regierungen von Belgien, Holland, Frankreich und Italien bisher nichts in ihren Staaten getan haben, um die EG-Verordnungen Nr. 2133 und 1608 (EG-Beziehungsrecht) einzuführen, und wird sie entsprechende Schritte einleiten?
76. Abgeordnete  
**Frau Will-Feld**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Ausland, vor allem in den Niederlanden, immer häufiger ausländische Weine unter deutschem Namen in den Verkehr gebracht werden und dabei Glas und Verschuß aus den Niederlanden stammen, und wird die Bundesregierung bei den EG-Behörden und bei den zuständigen niederländischen Behörden intervenieren, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung — da das ab 1. September 1977 geltende EG-Beziehungsrecht auch in den Niederlanden Anwendung findet —, auf schärfere Kontrollen zu drängen?
77. Abgeordneter  
**Klinker**  
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung Vorsorge treffen, daß die aus der Mitverantwortungsabgabe der Milcherzeuger eingehenden Mittel über das jeweilige Haushaltsjahr hinaus angesammelt und in der Folgezeit nur zweckgebunden verwendet werden können?
78. Abgeordneter  
**Klinker**  
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung einen Sonderfonds einrichten, auf dem die Mitverantwortungsabgabe der deutschen Milcherzeuger angesammelt wird, oder werden diese Gelder auf ein Sonderkonto der Gemeinschaft überwiesen, auf denen sie bis zur Verwendung für bestimmte noch festzulegende Maßnahmen verbleiben?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

79. Abgeordnete  
**Frau Funcke**  
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, die Bestimmungen im Seemannsgesetz zu überprüfen, nach denen die Arbeitszeit für Frauen an Bord abweichend von der der Männer geregelt ist, wodurch die Beschäftigung von Frauen z. B. als Seeoffiziere erschwert oder praktisch unmöglich gemacht wird?

80. Abgeordneter  
**Ey**  
(CDU/CSU) Wann und in welcher Höhe gedenkt die Bundesregierung Ansprüche freigemeinnütziger Krankenhäuser bzw. deren Träger nach § 12 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zu erfüllen?
81. Abgeordneter  
**Ey**  
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung den Unsicherheitsfaktor des Krankenhausbedarfsplans nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz zu einer sicheren langfristigen Planung weiterentwickeln?
82. Abgeordneter  
**Dr. Hammans**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der angesehene Kölner Staatsrechtler Prof. Dr. Martin Kriele in einem Rechtsgutachten für die Hufeland-Gesellschaft die gesamte Konzeption des § 368 p RVO als verfassungsrechtlich unzulässig bezeichnet hat, und welche Konsequenzen gedenkt sie hieraus im Hinblick auf die im Absatz 8 des § 368 p RVO vorgesehene Herausnahme von Arzneimitteln aus der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen zu ziehen?
83. Abgeordneter  
**Dr. Hammans**  
(CDU/CSU) Kommt den nach § 368 p Abs. 8 RVO zu beschließenden Richtlinien, wonach gewisse Arzneimittel oder Arzneimittelgruppen nicht oder nur bei Vorliegen besonderer Voraussetzungen zu Lasten der Krankenkasse verordnet werden dürfen, nach Auffassung der Bundesregierung nur eingeschränkte oder uneingeschränkte Verbindlichkeit für die kassenärztliche Praxis zu?
84. Abgeordneter  
**Dr. Holtz**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Zivildienstleistende zunehmend in der Praxis nur noch dann ein Aufgabenbereich zugewiesen wird, wenn gleichzeitig dienstliche Unterkünfte (Kasernierung) vorhanden sind, und gedenkt die Bundesregierung, den sich daraus ergebenden Mißständen entgegenzutreten, die darin bestehen, daß vor allem kleine Wohlfahrtsverbände und kleine Städte nicht in der Lage sind, für eine solche Kasernierung zu sorgen und daß aus diesem Grund ein Überangebot von Zivildienstleistenden entsteht, das nicht untergebracht werden kann?
85. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Wie interpretiert die Bundesregierung mit Rücksicht darauf, daß sie in ihrer Antwort auf meine Anfrage feststellt, daß „die Arbeitslosigkeit in der gleichen Zeit, in der die Auslandsnachfrage zurückging, auf über eine Million anstieg“, die Tatsache, daß vom Frühjahr 1973, als die Arbeitslosigkeit zu steigen begann, bis Anfang des Jahres 1975, als erstmals die Millionengrenze überschritten worden ist, die (reale) Auslandsnachfrage nur um 11,1 v. H., die (reale) Inlandsnachfrage dagegen um 18,4 v. H. abgenommen hat, und bestätigt nicht gerade der absolut noch viel stärker ins Gewicht fallende Nachfragerückgang aus dem Inland die Feststellung des Sachverständigenrats, daß es „verfehlt wäre, . . . schlechthin von einer importierten Rezession zu sprechen“?
86. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Warum hat bei dem Gewicht, das die Bundesregierung dem außenwirtschaftlichen Sektor beimißt, nicht der im Sommer 1975 einsetzende Auftragschub aus dem Ausland, der das Niveau vom Tiefpunkt (2. Quartal 1975) bis heute (2. Quartal 1977) um über 22 v. H. anhob — nachdem Sonderaufträge

- den Jahresdurchschnitt 1976 sogar um über 26 v. H. über diese Talsohle gedrückt hatten — zu einem entsprechend starken Abbau der Arbeitslosigkeit geführt, oder hat insbesondere der Lohnkostendruck eine Investitionskonjunktur nicht in Gang kommen lassen, wodurch — und nicht wegen einer etwaigen Weltwirtschaftskrise oder einer DM-Aufwertung — die Inlandsnachfrage mit nur 6,5 v. H. so schwach zunahm, daß sie die beschäftigungsfördernden außenwirtschaftlichen Impulse neutralisierte?
87. Abgeordnete  
**Frau Karwatzki**  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung bisher keine Initiative mit dem Ziel ergriffen, den Hinweis auf § 15 Abs. 1 Buchstaben a bis c des Kündigungsschutzgesetzes im § 8 Abs. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) der geänderten Paragraphenfolge infolge der Neufassung des Kündigungsschutzgesetzes vom 25. August 1969 anzupassen, und wenn nein, warum hat sie dies angesichts der Tatsache unterlassen, daß durch die unterbliebene Anpassung vor allen Dingen der Laie, der zudem nur über beschränkte Informationsmöglichkeiten verfügt, in die Irre geführt wird?
88. Abgeordnete  
**Frau Karwatzki**  
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, von der Ermächtigung zur Neufassung des AFG gemäß Artikel 100 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976 in absehbarer Zeit Gebrauch zu machen und insbesondere auch den Hinweis auf § 15 Abs. 1 Buchstaben a bis c des Kündigungsschutzgesetzes in § 8 Abs. 1 des AFG der geänderten Paragraphenfolge infolge der Neufassung des Kündigungsschutzgesetzes vom 25. August 1969 anzupassen, oder wird die Anpassung im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens der vierten Änderung des AFG erfolgen?
89. Abgeordnete  
**Frau Karwatzki**  
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung in ihren Publikationen gegebenenfalls und zwischenzeitlich deutlich machen, daß der Hinweis auf § 15 Abs. 1 Buchstaben a bis c des Kündigungsschutzgesetzes im § 8 Abs. 1 AFG unzutreffend ist?
90. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU) Warum sind im § 36 Abs. 1 AVG als Ausfallzeiten die Zeiten nicht aufgeführt, in denen eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit durch einen mindestens einen Kalendermonat andauernden Bezug von UHG (nach dem Arbeitsförderungsgesetz) unterbrochen worden ist, und ist die Bundesregierung bereit, diese Vorschriften entsprechend zu ergänzen?
91. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU) Warum werden nach § 36 Abs. 1 AVG die Zeiten als Ausfallzeiten nicht anerkannt, in denen eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit durch eine mindestens einen Kalendermonat andauernde Arbeitslosigkeit unterbrochen worden ist, wenn dem bei einem deutschen Arbeitsamt als Arbeitssuchenden gemeldeten Arbeitslosen Leistungen aus anderen als den unter Nummer 3 aufgeführten Gründen nicht gewährt worden sind, und ist die Bundesregierung bereit, diese Vorschrift entsprechend zu ergänzen, um künftig Härten zu vermeiden?

92. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU) Unter welchen Voraussetzungen können Unternehmen Verpflichtungen aus Sozialplänen im Sinne der §§ 111 bis 113 BVG 1972 steuerrechtlich gewinnmindernd geltend machen, und ab wann gelten entsprechende Regelungen?
93. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, diese Regelungen in geeigneter Form bekannt zu machen, da offensichtlich viele betroffene Unternehmen nicht oder nur unzureichend informiert sind?
94. Abgeordneter **Ziegler** (CDU/CSU) Kennt die Bundesregierung das vom bayerischen Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung angeregte Forschungsvorhaben Faktoren der Bevölkerungsentwicklung – Ursachen und Beweggründe für den Kinderwunsch – des Instituts für Psychologie der Universität Erlangen–Nürnberg sowie dessen Ergebnisse, und wann wird die Bundesregierung eine erschöpfende, das ganze Bundesgebiet umfassende, wirtschaftliche Erhebung mit entsprechender Auswertung in die Wege leiten?
95. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU) Ist es richtig, daß die Ausstellung eines Behindertenausweises (grün/orange) für außerordentlich schwer Geh- und Stehbehinderte vom Einkommen abhängig gemacht wird, und hält die Bundesregierung diese Regelung für sozial?
96. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß viele Schwerbehinderte deshalb arbeitslos bleiben, weil für sie keine Möglichkeit besteht, durch Dritte zum Arbeitsplatz gebracht zu werden, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, aus der Behindertenabgabe regional Fahrdienste zu verwirklichen (ähnlich den Schulbussen), um dieses Hindernis der Arbeitsaufnahme zu beheben?
97. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung des Lehrstellenangebots insgesamt und in den einzelnen Bereichen von Industrie und Handel in den vergangenen Jahren?
98. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung des Lehrstellenangebots im Handwerk und in den freien Berufen in den vergangenen Jahren?
99. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung des Lehrstellenangebots im öffentlichen Dienst und in der Landwirtschaft in den vergangenen Jahren?
100. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU) Wie nimmt die Bundesregierung zu der unter Hinweis auf die Folgen der Rentensanierung als einer „Politik des Verschiebehahnhofs“ erfolgten Ankündigung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin Stellung, sie müsse mit Beginn des kommenden Jahres den Beitragssatz erhöhen, und wie vereinbart die Bundesregierung diesen Vorgang mit ihren wiederholten Versicherungen, die Rentensanierung sei ohne Beitragserhöhung, sei es in der gesetzlichen Rentenversicherung, sei es in der gesetzlichen Krankenversicherung, möglich?

101. Abgeordneter  
**Kraus**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß einzelne Ersatzkassen freiwilligen Mitgliedern auf Wunsch eine pauschalierte Kostenerstattung auf Rechnungen für ambulante privatärztliche Behandlung und auf Privatrezepte gewähren, nämlich die Techniker-Krankenkasse 60 v. H. des Rechnungsbetrags — ohne Rücksicht auf dessen Höhe — auf Arztrechnungen sowie 75 v. H. der Arzneimittelkosten und die Hamburg-Münchener Ersatzkasse 80 v. H. der mit den Vertragsärzten vereinbarten Sätze auf Arztrechnungen sowie 70 v. H. der Arzneimittelkosten, und hält die Bundesregierung diese Art der Leistungsgewährung für vereinbar mit dem Leistungsrecht der gesetzlichen Krankenversicherung, das grundsätzlich Sachleistungen vorsieht?

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

102. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)
- Wann und wie hoch war die letzte Wehrsolderhöhung für Wehrpflichtige, und wie hoch war dabei die zusätzliche jährliche Haushaltsbelastung im Einzelplan 14?
103. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)
- Welche Haushaltsbelastung würde eine neue Anhebung von 1 DM je Jahr bedeuten?
104. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch waren seit der letzten Wehrsolderhöhung die prozentualen durchschnittlichen Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten, der Löhne und Gehälter (brutto und netto) sowie der Verkehrsgebühren (Bundesbahn und Pkw), und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus in bezug auf eine neue Wehrsolderhöhung?
105. Abgeordneter  
**Handlos**  
(CDU/CSU)
- Wie ist der Stand der Laser-Technologie in den Mitgliedstaaten der Nato und im Warschauer Pakt, und welchen Einfluß haben Laser-Waffen auf die zukünftige Feuerkrafttechnologie?
106. Abgeordneter  
**Handlos**  
(CDU/CSU)
- Welche Haushaltsmittel werden für die Entwicklung von Laser-Waffen in den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts einerseits und der Nato andererseits aufgewendet?
107. Abgeordnete  
**Frau Simonis**  
(SPD)
- An welche Länder innerhalb der Nato wird Militärhilfe in welcher Höhe durch die Bundesrepublik Deutschland geleistet?
108. Abgeordnete  
**Frau Simonis**  
(SPD)
- An welche Länder außerhalb der Nato, die nicht in sogenannten Spannungsgebieten liegen, wird in welcher Art und Höhe Militärhilfe geleistet?
109. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD)
- Welche Ergebnisse hat die vom stellvertretenden Generalinspekteur eingeleitete Untersuchung der antisemitischen Vorgänge an der Bundeswehrhochschule München vom 16. Februar 1977 und vom 21. April 1977 erbracht, und welche disziplinarrechtlichen oder sonstigen Maßnahmen sind auf Grund der Vorfälle ergriffen worden oder werden noch ergriffen?

110. Abgeordneter  
**Thüsing**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß — wie in der Frankfurter Rundschau vom 29. September gemeldet — Leutnants bei einem Kameradschaftsabend an der Münchener Bundeswehrhochschule am 16. Februar dieses Jahres eine symbolische Judenverbrennung veranstalteten, die vom Präsidenten der Hochschule, Prof. Engert, dem Bundesverteidigungsministerium nicht gemeldet wurde, und wenn ja, plant die Bundesregierung disziplinarische Schritte gegen die Leutnants, und wie beurteilt sie das Verhalten des Präsidenten der Hochschule?
111. Abgeordneter  
**Thüsing**  
(SPD)
- Sind der Bundesregierung ähnliche Vorfälle aus anderen Bereichen der Bundeswehr bekannt, und welche Konsequenzen gedenkt sie aus solchen antisemitischen und neonazistischen Manifestationen zu ziehen?
112. Abgeordneter  
**Fellermaier**  
(SPD)
- Ist das Lärmschutzgutachten für den militärischen Flugplatz Leipheim, zu dem der Bundesverteidigungsminister am 31. Mai 1976 der Stadt Günzburg mitgeteilt hat, daß nach Fertigstellung des neuen Dislozierungskonzepts der Luftwaffe, das bereits vorliege, eine entsprechende Überprüfung der bisherigen Ausgangsdaten für Art und Umfang des Flugbetriebs in Leipheim eingeleitet würde, inzwischen fertiggestellt?
113. Abgeordneter  
**Fellermaier**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung, wenn die Prognosen bzw. Daten für die Lärmbelastung in der Umgebung des Flugplatzes Leipheim wesentlich eingeschränkt werden müssen, die Aufhebung der Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Leipheim vom 29. Juli 1974 (BGBl. I S. 1614), hilfsweise eine Neufestsetzung des Lärmschutzbereichs nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. März 1971 (BGBl. I S. 282) vornehmen?
114. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob wie von der Frankfurter Rundschau vom 29. September 1977 berichtet — bei einem sogenannten „Kameradschaftsabend“ von Offizieren des Studentenfachbereichs Pädagogik der Bundeswehrhochschule München am 16. Februar 1977 antisemitische Exzesse sich abspielten und daß am 21. April 1977 Hakenkreuzschmierereien von einem Offizier in der gleichen Schule verübt wurden, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?
115. Abgeordnete  
**Frau Dr. Lepsius**  
(SPD)
- Treffen Informationen zu, daß die Bundesregierung auf Grund einer kürzlich durchgeführten Untersuchung über die in der Bundesrepublik Deutschland verstreuten militärhistorischen Dokumente Überlegungen anstellt, ein zentrales militärhistorisches Museum zu schaffen?
116. Abgeordnete  
**Frau Dr. Lepsius**  
(SPD)
- Wenn ja, wird die Bundesregierung sicherstellen, daß bei diesen Überlegungen das Wehrgeschichtliche Museum im Rastatter Schloß in seinem Kern, auch soweit der Bund tangiert ist, erhalten und entsprechend den von der Landesregierung Baden-Württemberg gegebenen Zusagen weiter ausgebaut wird?

117. Abgeordneter  
**Blank**  
(SPD) Trifft es zu, daß es an der Bundeswehrhochschule München zu einem antisemitischen Exzess einer Gruppe junger Offiziere der Hochschule gekommen ist, und wenn ja, hat der Präsident der Bundeswehrhochschule München dem Bundesverteidigungsminister darüber berichtet?
118. Abgeordneter  
**Blank**  
(SPD) Welche Untersuchungen und Strafmaßnahmen sind gegebenenfalls gegen die genannten Offiziere der Bundeswehrhochschule eingeleitet oder durchgeführt worden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

119. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es im Bundesgebiet eine Vielzahl von unterschiedlichen Notfall- bzw. Unfallausweisen, Plaketten oder Anhängern gibt, und ist sie bereit, die Initiative zu einer einheitlichen, zweckmäßigen und übersichtlichen Lösung zu ergreifen bzw. gesetzliche Regelungen dazu einzuleiten?
120. Abgeordneter  
**Biechle**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung schwerer Leberkrankheiten in der Bundesrepublik Deutschland, die auf der 29. Therapie-Woche in Karlsruhe mit dem Hinweis als besorgniserregend bezeichnet wurde, daß die Zahl der chronisch Leberkranken in der Bundesrepublik Deutschland bereits auf eine Million geschätzt werden müsse, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese gesundheitliche Gefahr für immer größere Gruppen abzuwehren?
121. Abgeordneter  
**Dr. Hammans**  
(CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung, das Prinzip der Geheimmittel einzuführen, bei denen sich der behandelnde Arzt über die Voraussetzungen des Indikationsanspruchs des Herstellers nicht orientieren kann, weil das Bundesgesundheitsamt - wie im Fall des Nomifensin und Mianserin die Registrierung auf Grund von Unterlagen vorgenommen hat, die wegen der Geheimhaltungspflicht der Nachprüfung entzogen sind, so daß sich weder ein Wissenschaftler noch ein praktizierender Arzt ein Urteil verschaffen kann, und wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung, dem therapeutisch tätigen Arzt eine Urteilsbildung über solche Präparate zu ermöglichen?
122. Abgeordneter  
**Schröder**  
**(Wilhelminenhof)**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die mit Gesetz vom 5. Juni 1974 eingeführte und seit dem 1. Januar 1975 wirksame Registrierpflicht für Tierarzneimittel vom Bundesgesundheitsamt trotz Beibringung der erforderlichen wissenschaftlichen Unterlagen nur schleppend und z. T. mit nicht gerechtfertigten zeitlichen Verzögerungen wahrgenommen wird, sodaß Arzneimittelherstellern und Anwendern nicht unerhebliche Verluste entstehen?
123. Abgeordneter  
**Schröder**  
**(Wilhelminenhof)**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, auf das Bundesgesundheitsamt einzuwirken, daß es die ihm durch Gesetz übertragenen Aufgaben auch bei der Registrierung von Tierarzneimitteln in Zukunft pünktlicher erfüllt und z. B. die vor ca. 1 1/2 Jahren beantragte Registrierung des Prostaglandinpräparats Estrumate, das in den wesentlichen europäischen Ländern seit Jahren zugelassen ist, nunmehr vornimmt?

124. Abgeordneter  
**Dr. Spöri**  
(SPD) Wann wird die Bundesregierung zu dem seit November 1975 vorliegenden Sachverständigengutachten zur Situation der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland (Drucksache 7/4200) eine Stellungnahme abgeben, bzw. welche Gründe erklären eine eventuelle Verzögerung dieser Stellungnahme bis zum Herbst 1978?
125. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU) Trifft es nach den Informationen der Bundesregierung zu, daß — wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihrer Ausgabe vom 19. September 1977 berichtet — in Frankreich durch Dekret des Gesundheitsministerium das Rauchen für Erwachsene in der Öffentlichkeit, besonders in Anwesenheit von Kindern, verboten und die Werbung für Tabakwaren in den Medien teils verboten, teils stark eingeschränkt ist, und wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß entsprechende Verbote und Einschränkungen auch für die Bundesrepublik Deutschland erlassen werden?
126. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß zur Vermeidung von Schwangerschaftsabbrüchen neben dem Ausbau der Schwangerschaftsberatung auch Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenshaltung von Familien mit Kindern notwendig sind, und ist sie bejahendenfalls bereit, das Kindergeld den tatsächlichen Lebenshaltungskosten anzupassen und ein Erziehungsgeld für Mütter mit Kleinkindern einzuführen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen**

127. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Lüneburg)  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die von der Deutschen Bundesbahn ausgegebenen Seniorenfahrkarten im allgemeinen für die Benutzung von Bahnbussen, mit Ausnahme auf solchen Strecken, die sowohl auf dem Schienenweg, als auch auf der Straße betrieben werden, keine Gültigkeit haben, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, diese Einschränkung wenigstens in den Fällen aufzuheben, wo durch erfolgte oder beabsichtigte Streckenstillegungen Benachteiligungen gegenüber dem bisherigen Zustand entstehen könnten?
128. Abgeordneter  
**Tillmann**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Frankreich bereits für den 1. Oktober 1977 eine Ausrüstungspflicht für die hinteren Sitze im Pkw mit Autosicherheitsgurten vorgesehen ist, und beabsichtigt die Bundesregierung mit Rücksicht darauf, daß die Richtlinie des Rates vom 28. Juni 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Sicherheitsgurte und Haltesysteme für Kraftfahrzeuge verabschiedet und veröffentlicht ist und im Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung eine solche Maßnahme schon für 1976 vorgesehen war und dann auf das Verkehrssicherheitsprogramm 1977 fortgeschrieben worden ist, eine gleiche Verordnung — und evtl. zu welchem Termin — für die Bundesrepublik Deutschland vorzusehen?

129. Abgeordneter  
**Seefeld**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich in diesem Jahr für Autobahnbenutzer der Großraum Karlsruhe zu einem gefährlichen Verkehrshindernis entwickelt hat, und ist sie bereit, möglichst schnell geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diese Misere zu beseitigen?
130. Abgeordneter  
**Dr. Schmitt-Vockenhausen**  
(SPD) Wann ist mit der Beseitigung der Bahnposten 78 (zwischen Klein-Gerau und Groß-Gerau auf der Strecke Mannheim -Frankfurt) und 30 (im Ortsbereich Klein-Gerau an der Strecke Mannheim -Darmstadt) zu rechnen, und was könnte zur Beschleunigung des Verfahrens beitragen?
131. Abgeordneter  
**Junghans**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, auf die Bundesverwaltungen — Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn, Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, Straßenbauverwaltung — dahin gehend einzuwirken, daß, um das Zukunftsinvestitionsprogramm zügig abwickeln zu können, bei Planungsrückständen, auch zur Minderung der Arbeitslosigkeit, ältere Ingenieure und Techniker als Angestellte auf Zeit zusätzlich eingestellt werden?
132. Abgeordneter  
**Junghans**  
(SPD) Ist die Bundesregierung ferner bereit, bei Bundesverwaltungen darauf hinzuwirken, daß gegebenenfalls auch freie Ingenieurbüros zur Aufarbeitung von Planungsrückständen eingesetzt werden?
133. Abgeordneter  
**Gerster**  
(Mainz)  
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung mit dem Viermächteabkommen für vereinbar, daß einerseits in Bahnhöfen der Bundesrepublik Deutschland, so z. B. im Hauptbahnhof Mainz, die Bahnfahrkarten nach Berlin nicht am Schalter für Inlandsverkehr, sondern am Schalter für internationalen Verkehr verkauft werden und andererseits in Berlin (West) neben dem Schalter „DDR“ ein Schalter „BRD“ statt einer für Inlandsverkehr eingerichtet ist, und ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich auf eine Regelung zu drängen, die den Grundlagen gemeinsamer Berlinpolitik entspricht?
134. Abgeordneter  
**Gerster**  
(Mainz)  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, an der Autobahn A 63 (früher B 40) auf der Höhe von Mainz-Bretzenheim Lärmschutzvorkehrungen zu treffen, und bis wann kann mit der Fertigstellung gerechnet werden?
135. Abgeordneter  
**Biechle**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß auch nach der Aufnahme des elektrischen Betriebs auf der Schwarzwald- und Gäubahn am 25. September 1977 mit der Elektrifizierung des 15 km langen Streckenabschnittes Singen Schaffhausen nicht begonnen werden kann, obwohl die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen noch nicht elektrifizierten Verkehrs zu einem 2-maligen Lokwechsel und damit zu erheblichen wirtschaftlichen und zeitlichen Einbußen führt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß dieser kleine, den durchgehenden Verkehr belastende Streckenabschnitt so bald wie möglich elektrifiziert wird?

136. Abgeordneter  
**Biechele**  
(CDU/CSU) Sind Informationen zutreffend, daß der Bundesverkehrsminister grundsätzlich bereit ist, in wildreichen Gebieten bei Fahrdammaufschüttungen neuer Autobahnen Wilddurchlässe in Form von Röhrentunnels anlegen zu lassen, um auf diese Weise Wildunfällen auf Autobahnen vorzubeugen, an welchen Autobahnstrecken sind solche Röhrentunnels schon gebaut worden und an welchen sind sie vorgesehen?
137. Abgeordneter  
**Cronenberg**  
(FDP) Wie hoch sind die Kosten für den Kundenbrief der Deutschen Bundesbahn, herausgegeben vom Bundesbahnwerbe- und -auskunftsamt für den Personen- und Güterverkehr in Frankfurt, und bestehen Erfolgskontrollen für diese Werbemaßnahme?
138. Abgeordnete  
**Frau Hoffmann**  
(Hoya)  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung auf die Folgen einer Ölpest in der Nord- und Ostsee vorbereitet?
139. Abgeordnete  
**Frau Hoffmann**  
(Hoya)  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die zu erwartenden negativen Folgen für die Küstenbewohner und für den Fremdenverkehr, und können vorbeugende Maßnahmen auf diesem Gebiet getroffen werden?
140. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Lüneburg)  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Schifffahrt auf dem Elbe-Seitenkanal durch eine starke Windanfälligkeit dieses Kanals beeinträchtigt wird, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, durch eine gezielte Uferbepflanzung einen besseren Windschutz zu schaffen?
141. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Welche Folgerungen insbesondere für die Fertigstellung von Parkanlagen im Zuge des S-Bahnbaus im Raum mittlerer Neckar zieht die Bundesregierung aus der Kritik des Bundesrechnungshofs daran, daß die Deutsche Bundesbahn den kommunalen Verwaltungen Verantwortung für Gemeinschaftsbauwerke entlang der S-Bahnstrecke (beispielsweise für die Klett-Passage) übertragen hat?
142. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU) Sind Presseberichte (Süddeutsche Zeitung vom 17. August 1977, Seite 19) richtig, daß der Hauptvorstand der Deutschen Bundesbahn die Direktion Nürnberg angewiesen hat, einen Oberlokomotivführer zum Beamten auf Lebenszeit zu ernennen, der als Mitglied der DKP engagierter Kommunist ist und auch in einem Anhörungsgespräch von seiner Haltung nicht abgerückt ist?
143. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, nunmehr dem Antrag des Landes Baden-Württemberg auf Anschluß der L 78 an die BAB 5 vorrangig zu entsprechen, nachdem feststeht, daß die L 78 b (Natostraße), wenn überhaupt, so frühestens nach 1985 verlängert werden kann?
144. Abgeordneter  
**Daubertshäuser**  
(SPD) Was hat die Bundesregierung bisher unternommen um sicherzustellen, daß durch eine bessere und geräumiger abgestimmte Regelung der Schulferien die Verkehrsströme während den Sommermonaten stärker entzerrt werden?

145. Abgeordneter  
**Daubertshäuser**  
(SPD) Ist die Bundesregierung auch bereit, Schritte zu unternehmen, die sicherstellen, daß eine sinnvollere Terminfestlegung auch auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft zur Durchführung kommt, und wenn ja, welche Schritte wird sie unternehmen?
146. Abgeordneter  
**Schulze**  
(Berlin)  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Gehörlosen- und Schwerhörigenschulen in der Bundesrepublik Deutschland für kabellose Vielhöranlagen, die einen notwendigen Bestandteil des Unterrichts für Gehörlose und Schwerhörige darstellen, pro Anlage 12 DM Funkgebühren entrichten müssen, was die Haushalte der einzelnen Schulen beträchtlich belastet, und sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, den Gehörlosen- und Schwerhörigenschulen die Funkgebühren für kabellose Vielhöranlagen zu erlassen, zumal dies der Deutschen Bundespost lediglich einen jährlichen Gebührenaufschlag von rund 72 000 DM bringen würde?
147. Abgeordneter  
**Ibrügger**  
(SPD) Wann beabsichtigt die Bundesregierung mit dem Ziel der Vereinheitlichung das im überdurchschnittlich großen Kreisgebiet Minden-Lübbecke mit elf neugegliederten Städten und Gemeinden auf viele Ortsnetze verteilte Fernsprechnetze umzustellen oder zumindest dafür Sorge zu tragen, daß die Bürger in den neugegliederten Städten und Gemeinden zum Ortstarif miteinander telefonieren können?
148. Abgeordneter  
**Dr. Eyrich**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost den DKP-Funktionär Wolfgang Repp deshalb trotz Fehlens mindestens einer der gesetzlichen Voraussetzungen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen hat, weil nach ihrer Auffassung eine rechtliche Verpflichtung zur Übernahme entstanden war, und wenn ja, wie kann eine solche Rechtspflicht zu rechtswidrigem Handeln entstehen?
149. Abgeordneter  
**Dr. Eyrich**  
(CDU/CSU) Was unternimmt die Deutsche Bundespost gegenüber demjenigen, der die Entstehung der Übernahmeverpflichtung zu vertreten hat, und wie stellt sie sicher, daß ähnliche Verpflichtungen in Zukunft nicht mehr entstehen?
150. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, nach denen allein im Bereich der Oberpostdirektion Stuttgart 150 Aushilfskräfte benötigt werden, um den dortigen Postzustellern die Möglichkeit zu geben, ihre angefallenen Überstunden abzufeiern, und wenn ja, wie erklärt sich diese Entwicklung?
151. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU) Wie hoch wird seitens der Bundesregierung der Bedarf an Aushilfskräften für das gesamte Bundesgebiet geschätzt, und wie viele dieser Kräfte können in ein Dauerarbeitsverhältnis bei der Deutschen Bundespost übernommen werden?
152. Abgeordneter  
**Gerlach**  
(Oberrhein)  
(CDU/CSU) Entsprechen Pressemeldungen den Tatsachen, daß bei der Deutschen Bundespost in Stuttgart durch eine für drei Jahre rückwirkende Neueinteilung der Zustellbezirke der Briefträger Ansprüche auf Freizeitausgleich von bis zu 49 Wochen gewährt werden,

und ist der Eindruck aus den Meldungen richtig, daß dieser Anspruch auf Freizeitausgleich rein schematisch und rechnerisch ermittelt wurde, ohne daß diese große Zahl der Überstunden tatsächlich abgeleistet wurde?

153. Abgeordneter  
**Gerlach**  
(**Obernau**)  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung bei der gegebenen Sachlage die getroffenen Entscheidungen für sachlich und rechtlich begründet, oder wird sie eine nochmalige Überprüfung veranlassen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

154. Abgeordneter  
**Dr. Schneider**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das geltende Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht nicht mehr den wirtschaftlichen Veränderungen und gewandelten Anforderungen des Wohnungsmarkts Rechnung trägt, welche Regelungsbereiche hält sie insbesondere für überprüfungsbedürftig, und bis wann sieht sie sich gegebenenfalls in der Lage, ein Konzept zur Fortentwicklung des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts vorzulegen?
155. Abgeordneter  
**Dr. Schneider**  
(CDU/CSU)
- Wieweit und wie konkret sind die Bestrebungen der Bundesregierung gediehen, von denen kürzlich Bundesminister Ravens in einem Gespräch mit Vertretern der Banken und Bauwirtschaft gesprochen hat, das Erbbaurecht zeitgemäß auszugestalten und dabei vor allem den Erbpachtzins statt wie bisher am Grundstückswert stärker am erzielbaren Nutzen auch in Abhängigkeit von der Bauplanung zu orientieren?
156. Abgeordneter  
**Dr. Schwencke**  
(**Nienburg**)  
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die gegenwärtig auf Grund öffentlicher Zuschüsse verstärkt einsetzenden Modernisierungen von Altbauten faktisch so durchgeführt werden, daß dadurch nicht das städtebaulich, künstlerisch und landschaftlich Typische des Bauwerks — also z. B. durch Fachwerkverblendung, Einbau fabrikgenormter Fenster, Neubautüren etc. weiterhin beseitigt wird?
157. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU)
- Wie werden die Stadt Bielefeld und die Städte und Gemeinden des Kreises Gütersloh im Jahr 1977 mit welchen Mitteln nach dem Städtebauförderungsgesetz gefördert und wie waren die Vergleichszahlen für 1976?
158. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die mit der Vergabe von Bauaufträgen befähigten nachgeordneten Behörden auf eine großzügigere Handhabung zugunsten mittelständischer Firmen bei der Forderung von Bürgschaften für Gewährleistungsansprüche im VOB-Bereich hinzuweisen, wie dies das Land Baden-Württemberg zum Beispiel getan hat (s. Landtags-Drucksache 7/1843 vom 21. Juni 1977)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
innerdeutsche Beziehungen**

159. Abgeordneter  
**Jäger**  
(**Wangen**)  
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die jüngste Entscheidung des Bundesgerichtshofs auch in ihren Verlautbarungen und in ihrer praktischen Politik respektieren, wonach sogenannte Fluchthelferverträge nicht in jedem Fall sittenwidrig sind und weder auf Grund des Transitabkommens noch auf Grund der sogenannten Republikfluchtvorschriften der DDR als rechtswidrig anzusehen sind?
160. Abgeordneter  
**Jäger**  
(**Wangen**)  
(CDU/CSU)
- Bis zu welchem Zeitpunkt erwartet die Bundesregierung den Abschluß der immer noch nicht zustande gekommenen Folgeverträge gemäß Artikel 7 des bereits 1973 in Kraft getretenen Grundlagenvertrags, und ist nach ihrer Auffassung die hinhaltende Taktik der DDR, die bereits zum Verstreichen von vier Jahren geführt hat, mit der Verpflichtung des Artikels 7 des Grundlagenvertrags vereinbar?
161. Abgeordneter  
**Jäger**  
(**Wangen**)  
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung mit Rücksicht auf ihre Verfassungspflicht, den Wiedervereinigungsanspruch des deutschen Volks in der Bundesrepublik Deutschland wachzuhalten, die Protokolle der Anhörungen des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen vom 26. und 28. September 1977 in einer Auflage veröffentlichen, die es erlaubt, sie vor allem den Schulen für Unterrichtszwecke zur Verfügung zu stellen?
162. Abgeordneter  
**Wohlrabe**  
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um in Zukunft sicherzustellen, daß die Zurückweisungen bei der Einreise zur Leipziger Messe unterbleiben?
163. Abgeordneter  
**Böhm**  
(**Melsungen**)  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß der Jakob-Kaiser-Preis für die besten deutschsprachigen Sendungen gesamtdeutschen Inhalts in diesem Jahr an den Beitrag in der ZDF-Sendung „Kennzeichen D“ vergeben wird, in dem aus Anlaß des 65. Geburtstags des SED-Chefs Erich Honecker diesem viel persönliches Lob zuteil wurde und u. a. einem Musikzug der DKP Wiebelskirchen (Saarland) Gelegenheit gegeben wurde, dem Genossen ein Geburtstagsständchen zu übermitteln, der persönlich die Verantwortung für die Unmenschlichkeiten an der innerdeutschen Grenze trägt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Forschung und Technologie**

164. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Konditionen bekannt, zu denen die deutsche Energieversorgungsunternehmen ihre abgebrannten Brennstäbe aus Kernkraftwerken in Frankreich wiederaufarbeiten lassen wollen, kann die Bundesregierung die in der Presse dazu genannten Zahlen bestätigen, und ist ihr bekannt, um wieviel der Strom aus hiesigen Kernkraftwerken dadurch teurer wird?

165. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die meisten mittelständischen Unternehmen bei der Inanspruchnahme öffentlicher Förderungsmittel für Forschungszwecke vor einem fast unlösbaren Problem stehen, das nach Ansicht der Betroffenen darin besteht, daß reine technokratische aber keine realitätsnahen Prüfungsmaßstäbe angelegt werden, und wie gedenkt die Bundesregierung hier Abhilfe zu schaffen?
166. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung klar, daß Forschungsvorhaben mittelständiger Unternehmen, die der Fortentwicklung des technischen know-how dienen, oft deshalb unterlassen werden, weil die Bundesregierung nur sogenannte marktnahe Objekte bezuschusst, und hält die Bundesregierung diese Förderungspraxis für richtig?
167. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU) Wie begründet die Bundesregierung die Reisen von zwei Delegationen von Vertretern des Bundesministeriums für Forschung und Technologie zum Zwecke der Kontaktaufnahme im Bereich der Geowissenschaften in die Volksrepublik China?
168. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU) Sind die Reisen der Vertreter des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in Vorbereitung, Zielsetzung und Delegationsbesetzung mit dem federführenden Bundesministerium für Wirtschaft abgesprochen worden, und wie wurde in diesem Zusammenhang die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover beteiligt?
169. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD) Welche besonderen Schießtechniken müssen beherrscht werden, um eine Atombombe mit dem üblichen Reaktorplutonium zu zünden (wie in den USA offenbar erfolgt), und welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus für die Nichtverbreitung von Kernwaffen ziehen?
170. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD) Wie schätzt die Bundesregierung das Entwicklungspotential unter dem Aspekt der rationellen Energieverwendung auf dem Gebiet der MHD-Stufe insbesondere für kohlegefeuerte Kraftwerke in den USA ein, und ist die Bundesregierung bereit, unter den geänderten Energiepreisverhältnissen dieses Projekt, gegebenenfalls mit welchem Mittelaufwand, erneut zu fördern?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft**

171. Abgeordneter **Thüsing** (SPD) Trifft es zu, daß der Bund die Einstellung der Förderung des Volkshochschulverbands erwägt und daß deshalb für die Teilnahme an Prüfungen innerhalb des Zertifikatssystems des Volkshochschulverbands Gebührenerhöhungen vorgesehen sind?
172. Abgeordneter **Thüsing** (SPD) Teilt die Bundesregierung die Sorge, daß eine überhöhte Belastung der Teilnehmer an Zertifikatsprüfungen durch Gebühren zu einem Rückgang der Zahl der Teilnehmer führen kann und damit in Widerspruch zur Bedeutung der Weiterbildung steht, und wenn ja, wird sie die Einstellung der Förderung unter diesem Aspekt überprüfen?

173. Abgeordnete  
**Frau  
Benedix**  
(CDU/CSU)      Wie lang ist in der Regel im Bereich der vom Bund geförderten Modellversuche in der beruflichen Bildung die Frist der Antragstellung für ein Modellprojekt bis zum endgültigen Bescheid?
174. Abgeordnete  
**Frau  
Benedix**  
(CDU/CSU)      Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Anspruch des hohen Prioritätenrangs der beruflichen Bildung die Tatsache, daß nach positiven Zwischenbescheiden, die die Betriebe bereits zu erheblichen Investitionen veranlassen, schließlich eine Bewilligungssumme angegeben wird, die gerade 5 v. H. der veranschlagten Kosten beträgt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

175. Abgeordnete  
**Frau  
Krone-Appuhn**  
(CDU/CSU)      Entspricht der Anteil deutscher Mitarbeiter an der Weltbank der Kapitalbeteiligung der Bundesrepublik Deutschland und der Zahl der Mitarbeiter aus vergleichbaren europäischen Ländern, und was hat die Bundesregierung getan, um diesen Status zu erreichen?
176. Abgeordnete  
**Frau  
Krone-Appuhn**  
(CDU/CSU)      Wie hoch ist der Anteil weiblicher Mitarbeiter an der Weltbank, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen Anteil zu erhöhen?
177. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
**(Weiden)**  
(CDU/CSU)      Welche Hilfen haben die Volksrepublik Südjemen, Irak, Lybien und Vietnam von der Bundesrepublik Deutschland seit 1969 erhalten?

Bonn, den 30. September 1977